Olaf Opelt
Siegener Str. 24
08523 Plauen
Bundvfd.de

Frau Schulte-Stieffermann
Dreikönigsstraße 6
59821 Arnsberg

Offener Brief

Betr. Forderung

Ihre Zeichen
DRI-1556/22

Ihre Nachricht vom
28.03.2022

Unser Zeichen
FZ/SS-OTO 01.22

Datum
04.04.2022

Sehr geehrte Frau Schulte-Stieffermann,

bitte verkennen Sie diese Anrede nicht, denn ich fühle mich keinerlei Respekt Ihnen gegenüber schuldig.

Sie schicken mir einen wichtigen Hinweis, dass Sie mir nach gesetzlicher Vorschrift entsprechende Unterlagen zwecks Vollstreckungsmaßnahmen zustellen.

Gesetzliche Vorschriften haben dem Rechtsstaatsprinzip [1] zu entsprechen.

Sie bedürfen also einer rechtsgültigen verfassungsgemäßen Grundlage.

Eine solche Grundlage, die bis 1990 das Grundgesetz für die BRD dargestellt hat und dieses auf besatzungsrechtlicher Hoheit, insbesondere nach den Vorschriften des Art. 43 HLKO beruhte, gibt es eben seit 1990 nicht mehr, da durch die drei Westbesatzungsmächte in den sog. 2+4 Verhandlungen zum 17.7.1990 der Art. 23 alte Fassung GG [9] aufgehoben wurde.

Seit dem fehlt dem Grundgesetz der Geltungsbereich, der zwar in der neuen Präambel des GG übergesiedelt wurde, aber der verfassungsgebende Kraftakt des deutschen Volkes, mit dem sich das deutsche Volk das GG als Verfassung gegeben habe, der ebenfalls in der Präambel zu finden ist, erstunken und erlogen ist [2].

Das bedeutet, dass gültiges deutsches Recht und Gesetz jenes von den vier alliierten Siegern von hitlerfaschistischen willkürlichen Regeln bereinigtes Recht und Gesetz ist. Jegliche „Gesetz“gebungen nach dem 17.7.1990, spätestens seit dem 23.9.1990, sind wieder willkürliche Regeln, da sie keiner verfassungsgemäßen Grundlage unterliegen.

Als erstes sind die verfälschten Bestimmungen für den sog. gelben Brief [3], die förmliche Zustellung, die Sie vermeinen richtig getan zu haben, ohne jegliche tatsächlich rechtliche Grundlage. Die Förmliche Zustellung muss nach gültigem deutschem Recht und Gesetz (ZPO) vom Empfänger handschriftlich als zugestellt bestätigt werden. Eine solche Zustellung ist nur von einer verbeamteten Person auszuführen. Ohne rechtsgültige verfassungsgemäße Grundlage gibt es aber tatsächlich keine Beamten, denn eine solche Stellung ist öffentlich rechtlich und bedürfen daher nach dem Rechtsstaatsprinzip eine entsprechende Grundlage.

Sie bezeichnen sich als Gerichtsvollzieher, der nur als Zustellungsorgan dient und können in der Sache keine Fragen beantworten.

Die Tätigkeit des Gerichtsvollziehers ist in der heutigen Zeit der Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher [4] unterstellt, ohne verfassungsgemäße Grundlage ist diese Anweisung nichts weiter als eine willkürliche Regel. Daher ist Ihr Beamtenstatus nicht nur fragwürdig, sondern hinfällig.

Sie haben, um in diese Stellung zu gelangen ein juristisches Studium absolviert, das entsprechend zwei Staatsexamen bedurfte. Wie kann man ein Staatsexamen ablegen, wenn doch der deutsche Staat mangels Organisation (fehlende Verfassung) handlungsunfähig ist, wie es das

Grundgesetzgericht (selbst nennt es sich Bundesverfassungsgericht) in seiner Entscheidung 2 BvF 1/73 von 1973 [5] richtig aufzeigt.

Sie haben also weder als Zustellungsorgan, noch sonst in irgendeiner Art, nach den Normen der rechtsgültigen ZPO, eine Berechtigung.

Was haben Sie in Ihrem Rechtsstudium zum Rechtsstaatsprinzip gelernt? Was haben Sie über den Inhalt des GG gelernt, hier insbesondere in Bezug auf Art. 25; 79 & 139?

Art. 25, der die Bewohner des Bundesgebietes, derer das deutsche Volk noch ein Teil ist, unbedingt dem Völkerrecht verpflichtet.

Den Art. 79, der insbesondere eine Ergänzung im Wortlaut über einen Friedensvertrag fordert. Es gibt eine solche Ergänzung zur „Abschließenden Regelung in Bezug auf Deutschland“, auch 2+4 Vertrag, nicht. Dass nicht zuletzt, weil der 2+4 Vertrag samt dem Einigungsvertrag wegen unheilbarer Widersprüche [6] rechtlich nicht in Kraft treten konnte.

Was also haben Sie in Ihrem juristischen Studium gelernt? Waren Sie evtl. in der Baumschule bei Prof. Ast zum Studium?

Ein Wust von Anhängen haben Sie für andere Stellen in Ihre sog. Zustellung eingelegt.

Ich vermisse dabei den angeblichen Schuldtitel des AG Wedding, der mir zu keiner Zeit zugestellt wurde, um ihm entsprechend widersprechen zu können.

Genau das schließt aus den willkürlichen Regeln, denen auch Sie folgen.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass das Völkerstrafgesetzbuch [7] aus dem Jahr 2002 keine willkürliche Regel ist, da dieses auf dem Art. 12 der Völkermordkonvention [8] gründet.

Sie machen sich also in Ihrer Tätigkeit ohne den Nachweis einer rechtsgültigen verfassungsgemäßen Grundlage nach §§ 3; 4 & 7 insbesondere dessen Abs. 5, strafbar. Als weiterer Hinweis ist diese Strafbarkeit, die Sie mit Ihrer handschriftlichen Unterschrift dankbarer Weise besiegelt haben, nach § 5 des VStGB nicht verjährbar.

Vorsorglich erstatte ich gegen Sie Schadensersatzanspruch auf der Grundlage des rechtsgültigen Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Mit freundlichen Grüßen

Olaf Opelt

Verteiler:

Per Einschreiben/Rückschein

Frau Schulte-Stieffermann

Per E-Post

Botschaften der Vereinten Nationen in Berlin

Deutschlandverteiler

Veröffentlich in bundvfd.de

[1] <https://iurratio.de/journal/staatsorganisationsrecht-das-rechtsstaatsprinzip>

[2] <http://www.bundvfd.de/wp-content/uploads/2016/09/opelt-recht-04-050601.pdf>

[3] <http://www.bundvfd.de/wp-content/uploads/2016/09/opelt-recht-05-Zustellung-1.pdf>

[4]

https://jm.rlp.de/fileadmin/mjv/Broschueren/GVGO_GVA/Geschaeftsanweisung_fuer_Gerichtsvollzieher_Stand_1.10.2016.pdf

[5] <http://www.bundvfd.de/wp-content/uploads/2016/09/opelt-recht-05-1973-Urteil-Grundlagenvertrag.pdf>

[6] <http://www.bundvfd.de/wp-content/uploads/2016/09/opelt-recht-01-130501.pdf>

[7] <http://www.bundvfd.de/wp-content/uploads/2017/01/opelt-recht-12-V%C3%B6lkerstraf-GB.pdf>

[8] <http://www.bundvfd.de/wp-content/uploads/2017/01/opelt-recht-12-V%C3%B6lkerstraf-GB.pdf>

[9] <http://www.bundvfd.de/uncategorized/kommentierte-ausarbeitungen/attachment/opelt-recht-05-art-23-a-f-gg/>

Raum für Kostenvermerke und Eingangsstempel

Amtsgericht Plauen

Vollstreckungsgericht

Europaratstr. 13

08523 Plauen

1 M 03 7 1 - 22

S. Schulte-Stieffermann
Obergerichtsvollzieherin
Eing. 21. März 2022
DR II Nr. DR I Nr. 1556

Hinweis:
Soweit für den Antrag eine zweckmäßige Eintragungsmöglichkeit in diesem Formular nicht besteht, können ein geeignetes Freifeld sowie Anlagen genutzt werden.

Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses insbesondere wegen gewöhnlicher Geldforderungen

Es wird beantragt, den nachfolgenden Entwurf als Beschluss auf Pfändung und Überweisung zu erlassen.

- Zugleich wird beantragt, die Zustellung zu vermitteln (mit der Aufforderung nach § 840 der Zivilprozessordnung – ZPO).
- Die Zustellung wird selbst veranlasst.

Es wird gemäß dem nachfolgenden Entwurf des Beschlusses Antrag gestellt auf

- Zusammenrechnung mehrerer Arbeitseinkommen (§ 850e Nummer 2 ZPO)
- Zusammenrechnung von Arbeitseinkommen und Sozialleistungen (§ 850e Nummer 2a ZPO)
- Nichtberücksichtigung von Unterhaltsberechtigten (§ 850c Absatz 4 ZPO)
- _____

Es wird beantragt,

- Prozesskostenhilfe zu bewilligen
- Frau Rechtsanwältin / Herrn Rechtsanwalt

beizuordnen.

- Prozesskostenhilfe wurde gemäß anliegendem Beschluss bewilligt.

Anlagen:

- Schuldtitel und 3 Vollstreckungsunterlagen
- Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst Belegen
- Vollmacht wird versichert gemäß § 753a ZPO

- Verrechnungsscheck für Gerichtskosten
- Gerichtskostenstempler

- Ich drucke nur die ausgefüllten Seiten

(Bezeichnung der Seiten)
aus und reiche diese dem Gericht ein.

02.02.2022 ppa. Wahl Assessorin jur.
Datum (Unterschrift Antragsteller/-in)